Stadt Kamen

Niederschrift

über die 2. Sitzung
des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 29. August 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Frau Filthaut
- Herr Henning
- Herr Kaminski
- Frau Lungenhausen
- Frau Müller
- Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU
- Herr Klein
- Herr Lehmann
- Frau Scharrenbach
- Herr Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD
- Herr Gockel
- Herr Gube
- Herr Schultebraucks
- Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU
- Herr Fuhrmann
- Herr Wilhelm

Sachverständige
- Herr Breitbarth
- Herr Feld
- Herr Grod
- Herr Knop
- Herr Schmücker

Verwaltung
- Herr Brüggemann
- Frau Bublitz
- Herr Grudnio
- Herr Koßmann
- Herr Liedtke

entschuldigt fehlten

Herr Bachmann
Herr Grosch
Herr Muermann
Herr Müller
Herr Oertel
Herr Oppel
Herr Skodd
Herr Wiebusch
Herr Zimmer

Herr **Klein** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch den Vorsitzenden die Verpflichtung der Sachverständigen Herrn Grod und Herrn Soostmeyer - als Vertreter von Herrn Grod - vorgenommen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Errichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Lünener Str./ Koppelstr./Weststr./Westenmauer hier: Antrag der SPD-Fraktion Bericht der Verwaltung	
2.	Verkehrssituation am äußeren Kamener Ring hier: Antrag der CDU-Fraktion Bericht der Verwaltung	
3.	Fahrradabstellanlagen im Kamener Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	
4.	Zulassung von Radverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung hier: Mitteilung der Polizei und Verwaltung	
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Errichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Lünener Str./Koppelstr./ Weststr./Westenmauer
hier: Antrag der SPD-Fraktion
Bericht der Verwaltung

Für die Antragsstellerin, die SPD-Fraktion, nahm Herr **Stahlhut** Stellung. Eingangs wies er darauf hin, dass zu diesem Thema bereits vor Jahren von seiner Fraktion ein Antrag auf Bau eines Kreisverkehres gestellt worden und des Öfteren in mehreren Ausschüssen über den Bau eines Kreisverkehres in diesem Bereich diskutiert worden sei.
Wie sich herauskristallisiert habe, sei die Anlegung eines herkömmlichen Kreisverkehres, an dem der Verkehr an der Kreisinsel vorbei geführt werde, nicht möglich, da die vorhandenen Flächen zu gering seien.
Da durch mehrere Untersuchungen in anderen Städten nun die Anlegung von Minikreisverkehren möglich sei, solle an dem in Rede stehenden Bereich aus folgenden Gründen ein solcher Kreisverkehr angelegt werden:

- Anbindung der Weststraße wieder direkt an die Kernstadt,
- Schaffung guter Querungsmöglichkeiten für Fußgänger,
- Verbesserung des fließenden Verkehrs, insbesondere auf der Straße „Westenmauer“ und
- sichere Führung der Radfahrer durch Mitführung des Radverkehrs innerhalb des Kreisverkehres.

Anschließend erläuterte Herr Stahlhut die Gefahrenpunkte, die für Radfahrer durch eine getrennte Führung des Radverkehrs außerhalb des Kreisverkehrs auftreten könnten.

Anschließend stellte Herr **Liedtke** anhand einer Folie einen ersten Planentwurf der Verwaltung vor.
Er führte aus, dass zunächst zu klären gewesen sei, ob ein Minikreisverkehr, Außendurchmesser 13 – 25 m, auf der zur Verfügung stehenden Fläche des Kreuzungsbereiches gebaut werden könne. Bei der Prüfung habe sich ergeben, dass ein Ausbau bis 22 m Durchmesser möglich sei, der Bau eines herkömmlichen Kreisverkehres allerdings nicht in Frage komme.
Der Unterschied zu einem herkömmlichen Kreisverkehr sei im Übrigen, dass bei einem Minikreisverkehr die Kreisinsel von Schwerlastverkehren sowie von größeren Bussen überfahren werden dürfe.
Ein Ing.-Büro werde jetzt noch die genaueren Auswertungen vornehmen. Er rechne damit, dass die Planung bis ca. Ende des Jahres 2000 vorläge. Die Realisierung erfolge nach zur Verfügungstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln so schnell wie möglich.

Herr **Brüggemann** führte aus, dass die finanzielle Abwicklung, wie auch von Herrn Liedtke dargelegt, noch zu klären sei. Im Normalfall sei die Anlegung eines Minikreisverkehres nicht so kostenintensiv wie der Bau eines herkömmlichen Kreisverkehres.
Durch die vorgesehenen Querungshilfen für Fußgänger würden sich die reinen Baukosten eines Minikreisels durch die in den Seitenästen durchzuführenden Baumaßnahmen verteuern. Die Verwaltung werde allerdings diese sinnvolle Maßnahme mit einrechnen und die Kostenvolumen getrennt darlegen. Im Übrigen sei abzuwarten, ob der Haushalt die geplante Investition trage.

Herr **Breitbarth** plädierte für den Bau von Querungshilfen, da hierdurch die Geschwindigkeit des Kraftfahrzeugverkehrs gemindert und damit sicherer werde.

Herr **Liedtke** merkte hierzu an, dass die Kreisinsel aus mehreren Materialien gebaut werden könne.
Normalerweise werde sie mit einem leicht erhöhten Hochbord versehen, um den Fahrern von Personenkraftwagen das Überfahren zu erschweren.

Die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses begrüßten den geplanten Bau des Minikreisels an dieser Stelle.

Zu TOP 2.

Verkehrssituation am äußeren Kamener Ring
hier: Antrag der CDU-Fraktion
Bericht der Verwaltung

Eingangs legte Herr **Brüggemann** den Sachstand dar.
In der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 30.11.1999 habe Herr Klein die Zielsetzung des Antrages erläutert. Anschließend sei von der Verwaltung zugesagt worden, entsprechende Gespräche mit dem Straßenbaulastträger der Bundesstraßen, dem Westfälischen Landesstraßenbauamt (WSBA) Hagen, zu führen.
Vom WSBA sei um die Vorlage von Verkehrszählungen in der Spitzenzeit des Kraftfahrzeugverkehres gebeten worden, um die Machbarkeit von Kreisverkehren berechnen zu können.
Diese seien nun ermittelt und dem WSBA Hagen mit der Bitte um Überprüfung zugesandt worden.

Anschließend stellte Herr **Koßmann** anhand von Folien die einzelnen Zählungsergebnisse der drei Kreuzungen im Bereich des äußeren Ringes - Westring, Nordring, B 233, B 61 - vor. Hierbei ging er auch auf die verkehrlichen Belastungen der einzelnen verkehrlichen Äste und deren Beziehungen ein.

Es wird davon ausgegangen, dass in einer der nächsten Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses die Prüfungsergebnisse des Westf. Landesstraßenbauamtes Hagen vorgestellt werden können, so Herr **Brüggemann** abschließend.

Zu TOP 3.

Fahrradabstellanlagen im Kamener Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass zu diesem Punkt bereits mehrere Anregungen der SPD-Fraktion und nun ein Antrag der Jungen Union vorlägen. Anschließend stellte er anhand einer Folie die Punkte vor, an welchen in der Innenstadt Fahrradabstellanlagen vorhanden sind. Weitere Abstellanlagen waren aus einem vorgestellten Straßenkataster ersichtlich.
Hierzu trug er ergänzend vor, dass sich Fahrradabstellanlagen privater Eigentümer vor Geschäften befinden würden und an fast allen Schulen Abstellanlagen vorhanden seien.

Insgesamt konnten 2795 Abstellmöglichkeiten ermittelt werden, wovon rd. 1000 an den Gesamtschulen vorhanden seien.
Zur weiteren Darlegung der Fahrradabstellanlagen wird die Verwaltung in dem noch zu erstellenden Radverkehrskonzept auch dieses Thema integrieren.
Vorgesehen sei, Fußgängerzonen in das Radverkehrskonzept einzubeziehen.

Frau **Scharrenbach** erinnerte in diesem Zusammenhang an die in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 09.03.1999 erörterte erste Kamener Radwegdokumentation der Jungen Union, die ebenfalls in das Radverkehrskonzept Eingang finden sollte.

Herr **Stahlhut** stellte fest, dass bereits die Verfasser des Verkehrsentwicklungsplanes Standorte von Fahrradabstellanlagen dargestellt hätten, und es bis heute vergleichsweise nur wenig mehr Standorte geben würde.
Auf die Qualität der Abstellanlagen eingehend, war er der Auffassung, dass - wie in anderen Städten bereits praktiziert - Bügel mit Seitenhalter als einfache Variante aufgestellt werden sollten, da an diesen direkt die Fahrradrahmen gesichert werden könnten.

Herr **Knop** unterstützte die Aussagen von Herrn Stahlhut, wobei er anmerkte, dass die in den von Herrn Liedtke eingetragenen Vorderradhalter nicht zeitgemäß seien, da insbesondere qualitativ hochwertige Räder von diesen leicht zu stehlen seien.
Seines Erachtens sollten am Alten Markt abschließbare Fahrradabstellanlagen errichtet werden.

Von Herrn **Klein** wurde hierzu angemerkt, dass auf Grund der auf dem Alten Markt stattfindenden Veranstaltungen der Koepeplatz wohl der bessere Standpunkt sei.

Zu TOP 4.

Zulassung von Radverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung
hier: Mitteilung der Polizei und Verwaltung

Herr **Grudnio** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die ab dem 01.10.1997 in Kraft getretenen gesetzlichen Grundlagen der Straßenverkehrsordnung sowie die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften, die erst eine Zulassung von Radverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung ermöglichten.
Die Novellierung der STVO war der Niederschrift über die Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 02.12.1997 beigefügt worden.
Abschließend stellte er die Einbahnstraßen vor, die sich nach Prüfung der vorgegebenen Kriterien für eine Öffnung in Gegenrichtung eigneten.

Anschließend wurden von Herrn **Koßmann** die Einbahnstraßen genannt, deren Öffnung für Radfahrer in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung vom Straßenverkehrsausschuss in den Sitzungen vom 09.03. und 26.05.1999 beschlossen worden waren.
Er erläuterte, dass seitens der Verwaltung zusätzlich zu der von der STVO vorgegebenen Beschilderung Piktogramme an den Eingangsbereichen sowie vorfahrtsregelnde Zeichen für Radfahrer ausgeschildert worden sind.

Zum Unfallgeschehen in Einbahnstraßen im Jahre 1999 bzw. 2000 teilte Herr **Breitbarth** mit, dass insgesamt 4 Unfälle mit Radfahrern zu verzeichnen gewesen seien, wobei sich 2 Unfälle in Einbahnstraßen ereigneten, die für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet sind. In einem Fall, auf der Straße Hanenpatt, habe ein Radfahrer den Unfall verschuldet, in dem anderen Fall, auf der Straße „Ostenmauer“, ein Personenwagenfahrer.
Auf Grund des geringen Unfallgeschehens vertrete er die Auffassung, das die Erprobungsphase vom Gesetzgeber über den 31.12.2000 hinaus fortgesetzt werden sollte.

Herr **Klein** trug vor, dass nach seinen Beobachtungen die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung dazu führe, dass Radfahrer auch dort führen, wo die Einbahnstraßen nicht für sie geöffnet seien. Darauf angesprochen würden sie erklären, dass Einbahnstraßen neuerdings ja grundsätzlich für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet seien.
Diese Ausführungen ließen darauf schließen, dass in diesem Bereich Aufklärungsbedarf bestehe.
Von daher richtete er einen Appell an die Presse, nochmals eindeutig auf die gesetzlichen Vorgaben und die entsprechenden Beschilderungen hinzuweisen.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Herr **Brüggemann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die der Verwaltung vorgetragenen Wünsche auf Vornahme von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Wittenberger Straße (Tempo 30-Zone).

Von der Verwaltung und der Polizeistation Kamen sei der Bereich überprüft und festgestellt worden, dass dort eine relativ breit konzipierte Fahrbahn und ein übersichtlicher Verkehrsraum vorhanden seien. Diese Gegebenheiten veranlassten einige Kraftfahrzeugführer zum Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit.

Es sei daher vorgesehen, hier verkehrsberuhigende Elemente in Form von Findlingen einzubringen, welche ringsherum mit einer Sperrfläche und einer reflektierenden Warnbake versehen werden sollen.

Die geplanten Standorte der Fahrbahneinengungen wurden anhand einer Folie von Herrn **Koßmann** dargelegt.

Von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses wurden keine Einwände geäußert.

5.1.2 Weiterhin verwies Herr **Brüggemann** auf den in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 04.04.2000 von Herrn Fuhrmann geäußerten Wunsch auf Überprüfung des Parkverhaltens in der Hilsingstraße, welcher vorher bereits von Herrn Stahlhut an die Verwaltung herangetragen worden sei.

Nach Überprüfung des Bereiches durch die Polizei und der Verwaltung sei vorgesehen, im Bereich der Hilsingstraße, zwischen Kreuzung Germaniastraße/Otto-Prein-Straße und Kreuzung Gantenbach/Am Haferfeld, eine eingeschränkte Halteverbotszone einzurichten, in der anschließend nur noch in den gekennzeichneten Flächen geparkt werden dürfe.

Die vorgesehene Anordnung der Parkbuchten wurde von Herrn **Koßmann** vorgestellt.

Die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses begrüßten die vorgesehene Maßnahme.

5.1.3 Darüber hinaus gab Herr **Brüggemann** bekannt, dass bzgl. der Einführung des grünen Pfeiles (Blechpfeil) in der Nachbarstadt Lünen, in der die Dortmunder Polizeibehörde zuständig sei, überlegt werde, den grünen Pfeil an einigen Lichtzeichenanlagen einzuführen. Ebenso sei an einer Kreuzung in Hamm der grüne Pfeil zur Anwendung gekommen.

In Köln und anderen Städten der Rheinschiene sei der grüne Pfeil seit über einem Jahr eingeführt worden.
Er plädiere im Interesse einer für die Verkehrsteilnehmer einheitlichen Regelung für eine Abstimmung auf örtlicher und überörtlicher Ebene.

Er habe daher veranlasst, um zumindest im Kreis Unna und in den Nachbarstädten eine einheitliche Regelung zu erreichen, dass die Entscheidung über die Einrichtung des Grünpfeiles innerhalb der Besprechung der Verkehrsexperten des Kreises Unna und auf Bezirksebene thematisiert werde.

Die Verwaltung wird den Ausschuss über die weiteren Schritte unterrichten.

5.2 Anfragen

5.2.1 Von Herrn **Henning** wurde eine Bürgeranregung bzgl. Ausschilderung der Anwesen „Am Stadtpark 4 - 5“ vorgetragen, da diese nur von der Hammer Straße aus erreichbar seien.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Überprüfung zugesagt.

5.2.2 Ferner wies Herr **Henning** darauf hin, das die Parkflächen im Parkhaus an der Kämerstraße nachts unzureichend ausgeleuchtet seien. Anwohner hätten hier um eine bessere Ausleuchtung gebeten.

Von Herrn **Brüggemann** wurde eine Weitergabe zugesagt.

5.2.3 Darüber hinaus sei ihm aufgefallen, dass im rückwärtigem Bereich der Adenauerstraße – Anlieferbereich - sehr viele Verkehrsschilder vorhanden seien. Es sollte überprüft werden, ob hier einige abgebaut werden könnte.

Von der Verwaltung wurde eine Überprüfung zugesagt.

5.2.4 Frau **Müller** trug eine Bitte auf Überprüfung vor, ob an dem Kreuzungsbereich Schattweg/Gießerstraße eine Linksabbiegerspur von dem „neuen“ in den „alten“ Schattweg eingerichtet werden könnte. Durch verspätet bemerkte Linksabbieger sei es zu Auffahrunfällen und durch den in Richtung Unna weitergeführten Radweg zu mehreren Unfällen mit Radfahrern gekommen.

Von Herrn **Brüggemann** wurde hierzu erwidert, das bereits in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses die Verwaltung auf Grund eines CDU-Antrages sich gegen den Bau einer Linksabbiegerspur ausgesprochen hätte. Die Einrichtung setze einen großzügig vorzunehmenden Erweiterungsausbau voraus, welcher Kosten in Höhe von fast 100.000 DM verursachen würde. Weiterhin würde der „alte“ Schattweg aufgewertet und wesentlich mehr Fahrzeuge, insbesondere Schwerlastverkehr, in den „alten“ Schattweg hineinfahren, was von den Anwohnern nicht gewünscht werde. Ferner sei der Ausbau des „alten“ Schattweges für Aufnahme von größeren Verkehrsmengen nicht ausgelegt. Um genauere Aussagen treffen zu können, wird seitens der Verwaltung das Unfallgeschehen dokumentiert und in einer der nächsten Sitzungen Bericht erstattet werden.

5.2.5 Weiterhin gab Frau **Müller** bekannt, dass auf der Wideystraße, Nähe der Einmündung der Straße „Pröbstingholz“, die Tempo 30-Beschilderung fehle.

Von der Verwaltung wurde umgehend eine Überprüfung zugesagt.

5.2.6 Darüber hinaus unterrichtete Frau **Müller** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass sich die Schulbusse aus Heeren zurzeit laufend zu spät an der Gesamtschule einfinden würden. Herrn Feld bat sie um Mitteilung der Gründe.

Von Herrn **Feld** wurde hierzu erwidert, dass die Verspätungen verschiedene Ursachen hätten, die jedes Jahr zu Schulbeginn zu beobachten seien. Er gehe davon aus, dass in nächster Zeit eine Normalisierung eintrete. Eine Hauptursache sei insbesondere die Tatsache, dass sich die Neuzugänge erst orientieren müssten, was zu längeren Wartezeiten der Busse an den Haltestellen führe. Erfahrungsgemäß beruhige sich die Angelegenheit in den nächsten Wochen.

5.2.7 Frau **Lungenhausen** ging auf die Baumaßnahme an der Hammer Straße/Werver Mark ein und fragte an, warum vom WSBA Hagen nur eine Deckenerneuerung vorgenommen und ein Radweg gebaut würde, aber nicht der bereits mehrere Jahre in Rede stehende Kreisverkehr.

Herr **Brüggemann** erwiderte hierzu, das die Anlegung des Kreisverkehres in Heeren-Werve beim WSBA Hagen erste Priorität besitze. Die Stadt Kamen habe aber auf die Planungen des WSBA`s Hagen keinen Einfluss, sondern könne nur vermittelnd tätig werden.

Von Herrn **Liedtke** wurde zugesagt, mit dem WSBA Hagen Kontakt aufzunehmen, um die Frage zu klären.

Von Herrn **Wilhelm**, der mit Herrn Keggenhoff von der Straßenmeisterei Unna Kontakt aufgenommen hatte, wurde hierzu ausgesagt, dass für den Ausbau des Kanals und des Radweges bei der entsprechenden Haushaltsstelle noch Mittel vorhanden seien, während die Anlegung eines Kreisverkehres aus einer anderen Haushaltsstelle beglichen werden müsse. Wie Herr Keggenhoff weiter mitgeteilt habe, habe er auf diese Haushaltsstelle keine Eingriffsmöglichkeit, so Herr Wilhelm abschließend.

5.2.8 Herr **Schultebraucks** trug vor, dass in der Borsigstraße, welche bereits durch parkende PKW stark eingeengt sei, Büsche derart in der Fahrbahn reichten, das hier nicht mehr zu vertretende Einengungen bestünden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Bepflanzung der Deutschen Bundesbahn gehöre und seitens der Verwaltung nur eine Bitte um Rückschnitt ausgesprochen werden könne.

5.2.9 Weiterhin verwies Herr **Schultebraucks** darauf, dass am Kreuzungsbereich Dortmunder Allee/Südkamener Straße der „Starenkasten“ entfernt worden sei. Auf Grund dessen würden von einigen Kraftfahrzeugführern wieder erhöhte Geschwindigkeiten gefahren.

Herr **Breitbarth**, dem dieses bekannt war, erwähnte hierzu, dass in nächster Zeit vermehrt Radarkontrollen durchgeführt würden.

5.2.10 Herr **Knop** trug mehrere Beschwerden über die seiner Meinung nach inkonsequente Radwegeführung im Bereich der Überführung am Bahnhof Methler vor. Hier müssten einige Bereiche vom Westf. Straßenbauamt überprüft und verbessert werden. Die Verwaltung sollte entsprechenden Kontakt mit dem Westf. Straßenbauamt Hagen aufnehmen.

Auf Grund der Vielzahl von Herrn Knop genannten Punkte schlug Herr **Brüggemann** Herrn Knop vor, über diesen Bereich ein separates Gespräch im Rathaus zu führen.

Hiermit erklärte sich Herr **Knop** einverstanden.

5.2.11 Herr **Wilhelm** teilte mit, dass die Lichtzeichenanlage an der Kreuzung Schillerstraße/Mühlhauser Straße zurzeit so geschaltet sei, dass jeder Ast hintereinander Grünlicht erhält. Es hätte während der Tageszeit auch Sinn, da aufgrund der geringen Fahrbahnbreiten der Lastkraftwagenverkehr beim Abbiegen die gesamte Fahrbahn beanspruche. In den Abend- bzw. Nachtstunden sei es den Kraftfahrern jedoch nicht zuzumuten, extrem lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen.

Frau **Bublitz** erklärte hierzu, dass bereits des Öfteren derartige Beschwerden eingegangen und an den Kreis Unna als Straßenbaulastträger weitergeleitet worden seien.
Von dort sei mitgeteilt worden, das auf Grund der geringen Fahrbahnbreiten die magnetgesteuerten Anforderungsschleifen über die gesamten Fahrbahnen ausstrahlen würden, was den Kreis Unna veranlasst habe, auch des Nachts die tagsüber vorhandene Phasenschaltung beizubehalten.

Von Herrn **Wilhelm** wurde hierzu erwidert, dass, falls es sich um eine neue Anlage handele, eine andere Schaltung möglich sein müsste.

Herr **Brüggemann** sagte zu, dass seitens der Verwaltung nochmals beim Kreis Unna nachgefragt werde.

5.2.12 Bezüglich des Kreisverkehrs Germaniastraße/Westicker Straße merkte Herr **Fuhrmann** an, dass der Kreisverkehr zwar baulich gut konzipiert sei, aber vielfach anzutreffende Radspuren innerhalb der Kreisinsel darauf schließen ließen, dass einige Nachbesserungen nötig seien. Seines Erachtens seien die Zufahrten in den Kreis baulich zu breit konzipiert, was dazu führe, dass einige Kraftfahrer mit zu hoher Geschwindigkeit in den Kreisverkehr einfahren würden. Schuld daran könnte auch die hohe Bepflanzung sein, welche entfernt werden sollte.
Die Kreisverwaltung Unna und die Verwaltung der Stadt Kamen sollten Überlegungen anstellen, wie eine Geschwindigkeitsreduzierung innerhalb des Kreisverkehres erreicht werden könnte.

Herr **Nieme** merkte hierzu an, dass ein ihm bekanntes Untersuchungsergebnis die Anpflanzung von hohen Gewächsen favorisiere, da dadurch die Kraftfahrzeugführer sorgfältiger das Verkehrsgeschehen um sich herum beobachten würden.

Von Herrn **Koßmann** wurde erklärt, dass der Kreis Unna gebeten werde, zusätzlich vor den Einfahrten in den Kreisverkehr Piktogramme „50“ aufzumarkieren. Es wird davon ausgegangen, dass diese Maßnahme zusammen mit dem noch zu installierendem Blinklicht eine Verringerung der Geschwindigkeit innerhalb des Kreisverkehres nach sich ziehen werde.

5.2.13 Herr **Stahlhut** wies darauf hin, dass der Bahnhof Methler, wie bekannt sei, als DB-PlusPunkt aufgewertet werden soll, aber noch keine Fahrradstation eingerichtet sei. Er befürchte, dass die AWO ihre gegebene Zusage zurückziehe. Er bat die Verwaltung, über den Gesamtkomplex in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Von Herrn **Liedtke** wurde zugesagt, in einer der nächsten Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses einen Bericht abzugeben.
Im Übrigen gehe er davon aus, das die AWO ihre Zusage einhalten werde.

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Grudnio
Schriftführer

A N L A G E

Berichte der Verwaltung zu den Beratungspunkten und Anfragen in den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses am 30.11.1999 und 04.04.2000

Sitzung am 30.11.1999

Zu TOP 4 wird mitgeteilt, dass in der Westfälischen Straße alle Straßenschwellen zurückgebaut worden sind. Ebenso sind in der Straße „Südfeld“, Teilbereich zwischen Bergstraße und Westfälischer Straße, alle störenden Straßenschwellen zurückgebaut worden.

Sitzung am 04.04.2000

Zu TOP 5 wird mitgeteilt, dass auf der Westfälischen Straße, Teilbereich zwischen den Straßen „Werver Mark“ und „Südfeld“, die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h ausgeschildert worden ist.

Zu TOP 8.1 Nr. 3 wird mitgeteilt, dass der Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) über die Lortzingstraße im Kreuzungsbereich Einsteinstraße/Lindenallee/Lortzingstraße/Robert-Koch-Straße angelegt worden ist.

Zu TOP 8.2 Nr. 3 wird mitgeteilt, dass die Meldung an das Westf. Straßenbauamt Hagen weitergeleitet worden ist.
Es wurde zugesagt, den Einmündungsbereich im Zuge der Baumaßnahme auf der Werver Mark/Hammer Straße mit auszubessern.

Zu TOP 8.2 Nr. 4 wird ausgesagt, dass zum Schutz der Fußgänger Sperrflächen im Wendehammer der Paul-Ehrlich-Straße markiert worden sind.

Zu TOP 8.2 Ziffer 7 wird mitgeteilt, dass seitens des Westf. Straßenbauamtes Hagen und des Kreises Unna zurzeit die Banketten am Einmündungsbereich Hilsingstraße/Lünener Straße ausgebaut werden.

Zu TOP 8.2 Ziffer 10 wird darüber hinaus mitgeteilt, dass im Bereich des Wendehammers der Kämerstraße Findlinge aufgestellt worden sind.